

Rahmen und Grenzen der disziplinaren Würdigung suchtbedingter Dienstverfehlungen

Gang der Darstellung

- I. Alkoholismus: Einstellungshindernis, Entlassungs- + Rücknahmegrund
- II. Disziplinare Ahndung eines alkoholkranken Beamten
- III. Pflichten nach Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit
- IV. Mögliche Pflichten weiterer Betroffener von Alkoholmissbrauch

Alkoholismus = Krankheit \neq Willensschwäche



Genuss +
Selbstverantwortung



Abhängigkeit



Genuss +
Selbstverantwortung





Trunksucht ≠ Willensschwäche



Alkoholismus = Krankheit \neq Willensschwäche



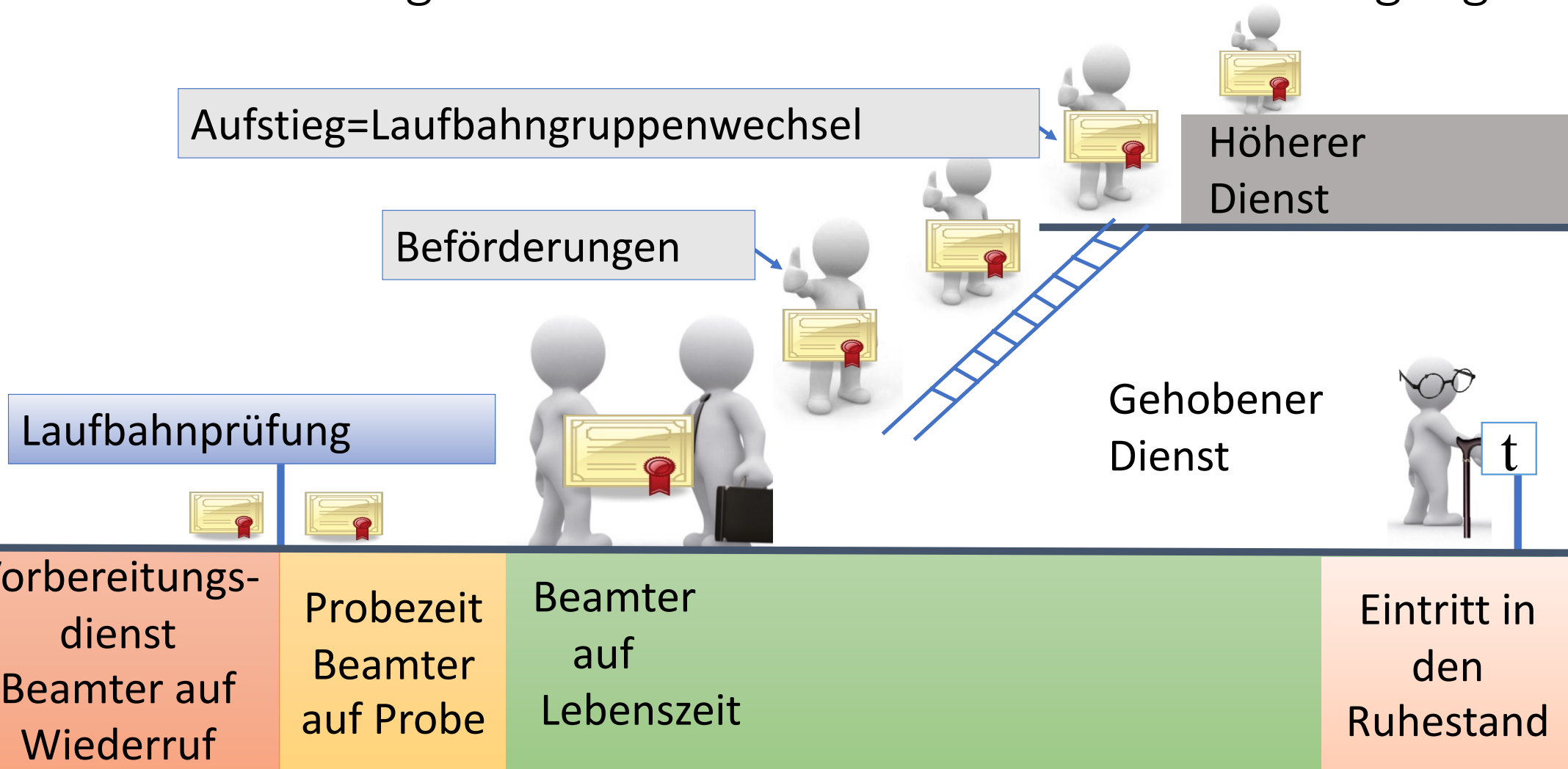
Genuss +
Selbstverantwortung



Abhängigkeit

Dienstliche Folgen?

Alkohol als mögliche Bruchstelle im beruflichen Werdegang



Alkoholismus als

- Einstellungshindernis
- Entlassungsgrund für Widerrufs- + Probebeamte
- Grund für die Nichtübernahme von Probebeamten ins Lebenszeitbeamtenverhältnis
- Rücknahmegrund der Ernennung bei Verschweigen

Entlassung



Entlassung



t

Vorbereitungsdienst
Beamter auf
Widerruf

Probezeit
Beamter auf Probe

Beamter
auf
Lebenszeit

Entlassung von Widerrufsbeamtin § 37 BBG

Laufbahn Vollzugsbeamtin erfordert:

Waffentauglichkeit, volle Stresstabilität, geistige + seelische Belastbarkeit

Unsachgemäßer Umgang mit Schusswaffen: Gefährdung bedeutsamer Rechtsgüter: Leben + körperliche Unversehrtheit.

Drei Ausnahmezuständen in Verbindung mit dem Genuss von Alkohol mit schweren Ausfallerscheinungen innerhalb eines Dreivierteljahres = von der Beamtin ausgehendes Sicherheitsrisiko -> **Waffentauglichkeit (-)** Teilnahme an der Schießausbildung (-) -> Waffentauglichkeit als Teil der **Eignung (-)** ->

Entlassungsgrund gem. § 37 Abs. 1 BBG (+) Einschränkung gem. § 37 Abs. 2 BBG (-)

Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen,
Beschluss vom 11. Januar 2006 – 1 B 1893/05 –, juris

Entlassung von Probebeamten

möglich gem. § 34 Abs. 1 S. 1

Entlassungsgründe:

1. Dienstvergehen
2. Mangelnde Bewährung
3. Dienstunfähigkeit
4. Organisationsveränderung

Dienstherr kann sich auf
einen oder mehrere
Entlassungsgründe stützen

Möglichkeit der Entlassung Probebeamter gem. § 34 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BBG wegen Nichtbewährung

Wenn ein Beamter noch keine krankhafte Veranlagung zu übermäßigem Alkoholgebrauch aufweist, sondern ihn „aus freien Stücken“ steuern konnte und kann, kann in seinem Verhalten während der Probezeit dennoch ein charakterlicher Mangel zum Ausdruck kommen, der seine Nichteignung für ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit begründet.

- Alkoholexzesse + allgemein problematischer Umgang mit Alkohol
Bayerischer VGH, Beschl. v. 13. Dezember 2018 – 3 ZB 16.935

Nichtbewährung gem. § 34 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 BBG mangels

gesundheitlicher Eignung

Prognose über voraussichtliche Entwicklung des Gesundheitszustands aufgrund fundierter medizinischer Tatsachenbasis + statistische Erkenntnisse über zu erwartende Entwicklung der Erkrankung, müssen auf belastbarer Basis beruhen; signifikante Anzahl von Personen muss über längeren Zeitraum hinweg beobachtet worden sein müssen

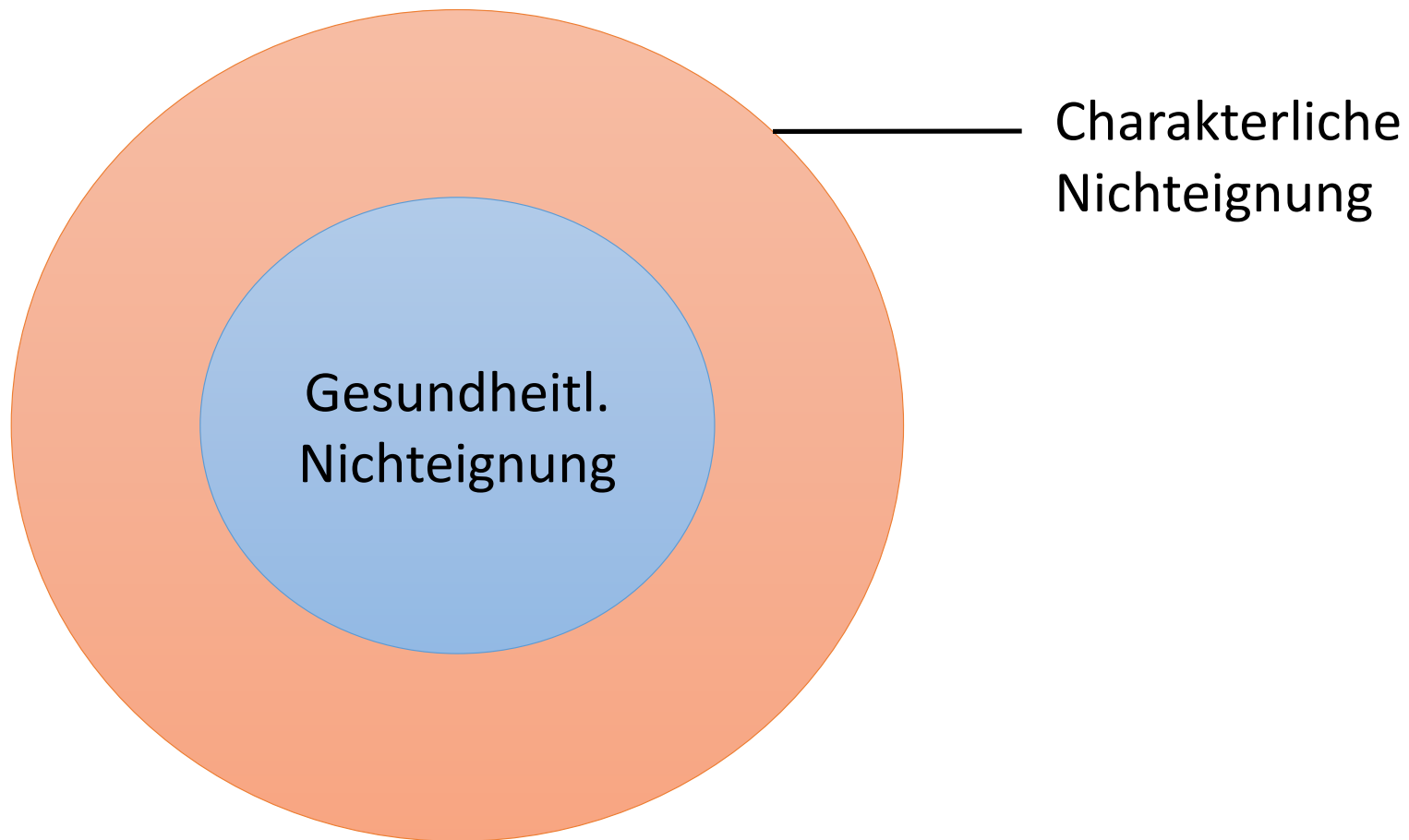
Keinerlei Beurteilungsspielraum
Volle gerichtliche Überprüfbarkeit

charakterlicher Eignung

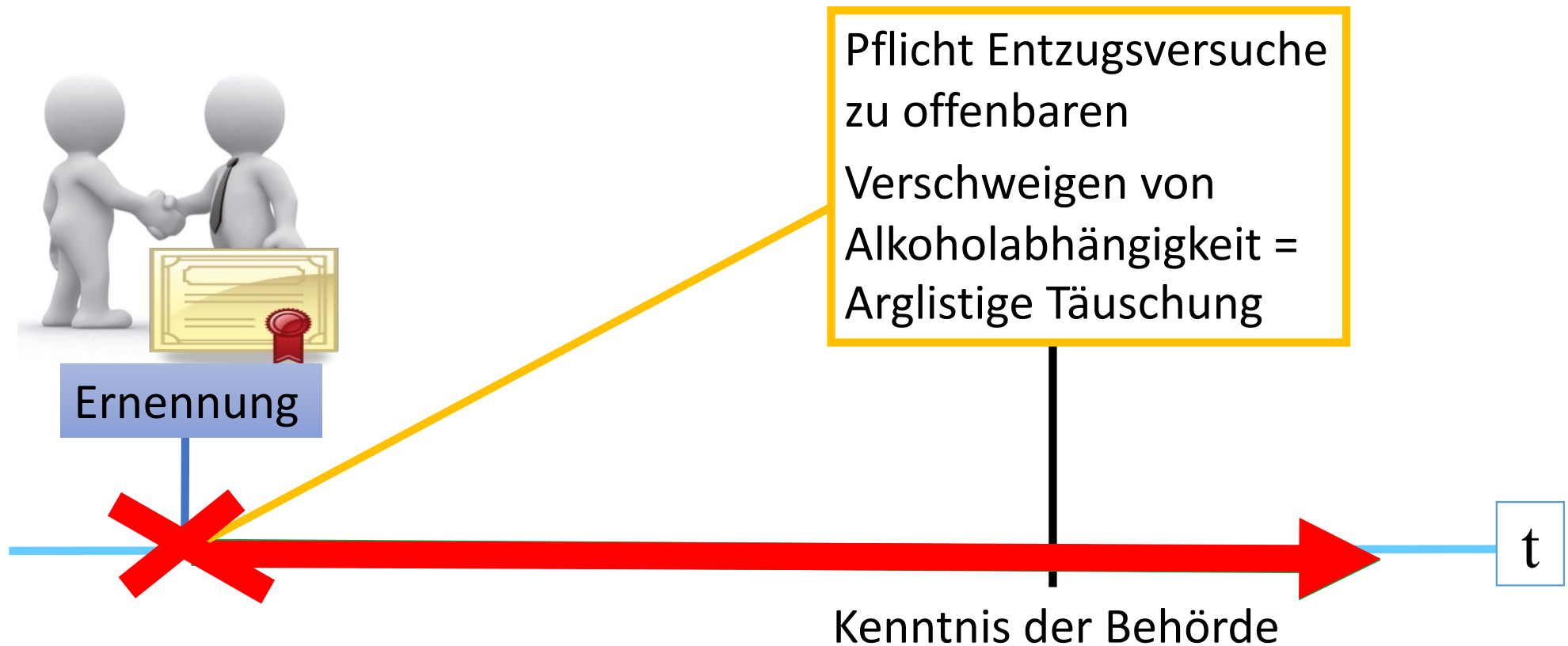
Mangelnde Bewährung (+), wenn begründete Zweifel (+), dass der Beamte diese Anforderungen seiner Laufbahn erfüllen kann

Beurteilungsspielraum des Dienstherrn nur eingeschränkt überprüfbar

Entlassung gem. § 34 Abs. 1 Nr. 2 BBG



§ 14 Abs. 1 Nr. 1 BBG – Rücknahme Ernennung



Fokus Lebenszeitbeamte

- Wann wird Alkoholismus bei Lebenszeitbeamten disziplinar relevant ?



The diagram features a central white circle with a black brick border. This circle is surrounded by a larger, semi-transparent red circle. To the right of the red circle is a green arrow pointing left towards the circle. Above the arrow is the text 'Auswirkungen im privaten Umfeld'. Inside the white circle, the text 'Privatsphäre des Beamten' is at the top, followed by a list of consequences: 'gesundheitliche', 'familiäre', 'finanzielle', and 'Konsequenzen'.

Privatsphäre des Beamten

gesundheitliche
familiäre
finanzielle
Konsequenzen

Auswirkungen im
privaten Umfeld

Nur Fürsorge

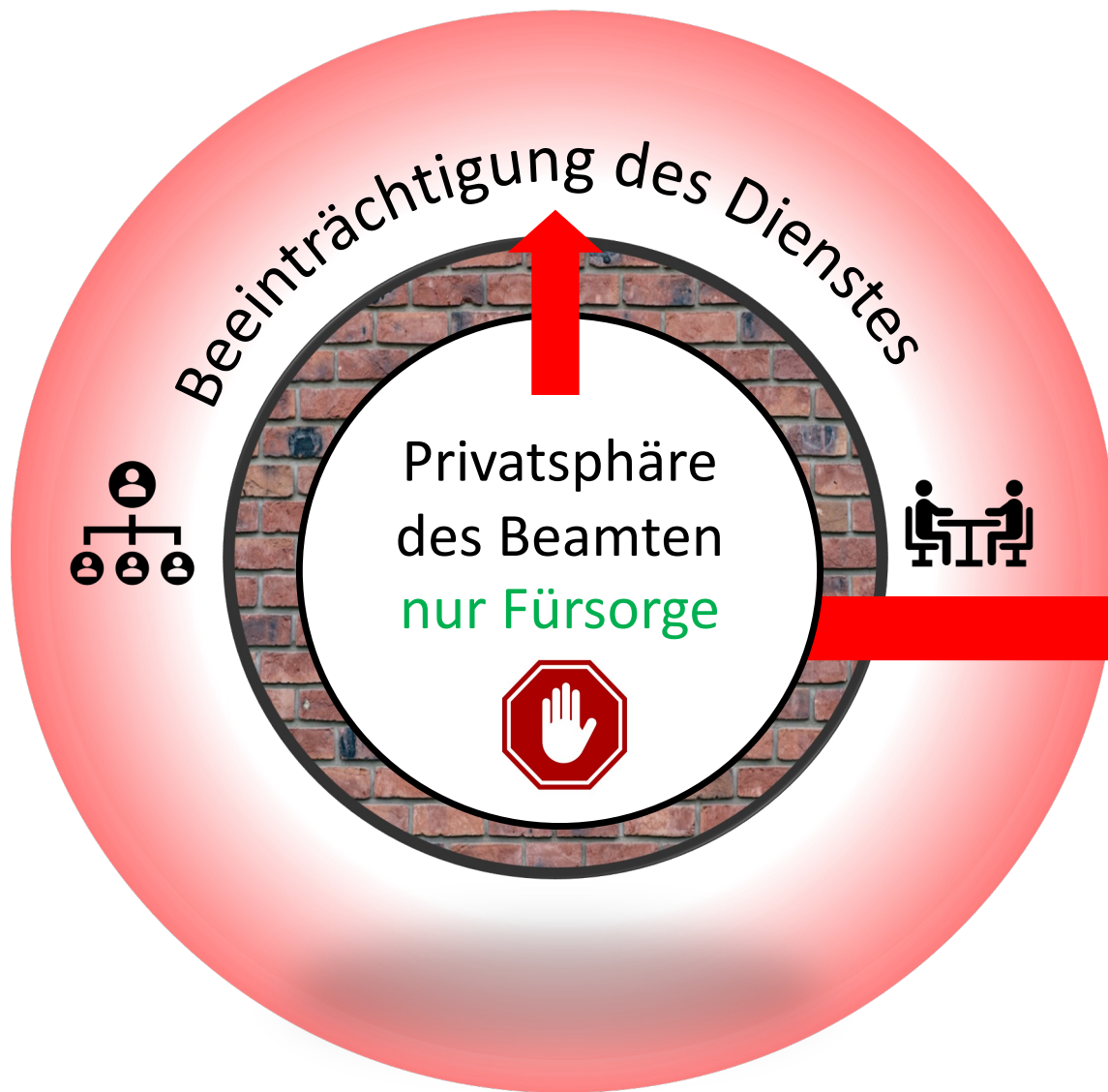
Vorgesetzte: Fürsorgepflicht + Pflicht Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten

- Pflicht den Beamten Gefahren der Suchterkrankung vor Augen zu führen
- Im Mittelpunkt: Sorge um Genesung des Beamten
- Gefährdungen durch die Dienstleistung +
- Ansehensschädigungen in der Öffentlichkeit durch alkoholranke BeamtInnen verhindern



unterbliebene Hilfestellung kann disziplinarrechtlich entlastend sein

Verunglimpfungen, Beleidigung + üble Nachrede verhindern



Tatsächliche Anhaltspunkte
für ein Dienstvergehen =
Dienstvorgesetzter hat die
**Dienstplicht ein
Disziplinarverfahren
einzuleiten.**

Alkoholverfehlungen von alkoholkranken Beamten

- Alkoholisierter/ alkoholbedingt verspäteter Dienstantritt
- Vorzeitiger Abbruch des Dienstes
- Arbeitsfehler (Schlechtleitung)
- Vermehrte Erkrankungen
- Dienstuntauglichkeit für besondere Aufgaben z.B. Polizei – oder Betriebsdienst
- Negativ auffälliges Verhalten gegenüber Kollegen oder Vorgesetzten
- Alkoholbedingte Straftaten mit dienstlichen Auswirkungen z.B. im Straßenverkehr



Alkoholverfehlungen von alkoholkranken Beamten

Disziplinarrechtliche Relevanz erst, wenn Abhängigkeit Folgen zeigt, die in den dienstlichen Bereich hineinwirken

⇒ Aber keine Ahndung der einzelnen objektiven Verfehlungen, wenn wegen Krankheit kein Schuldvorwurf gemacht werden kann

außerdienstliches Fehlverhalten:

Verkehrsdelikte: Trunkenheitsfahrt gem. § 316 StGB



Leitentscheidung des BVerwG vom 30.08.2000:

einmalige, außerdienstliche Trunkenheitsfahrt eines Beamten, der dienstlich nicht mit dem Führen von Kraftfahrzeugen betraut ist, stellt keine Dienstpflichtverletzung dar

Beweisbarkeit eines Zusammenhangs mit der Alkoholerkrankung

- Erkrankung ändert nichts am Anspruch des Dienstherrn auf Leistung im Dienst
- Klärung im Rahmen eines Disziplinarverfahrens möglich

Aufklärungsfunktion des Disziplinarverfahrens

Funktion des Disziplinarrechts



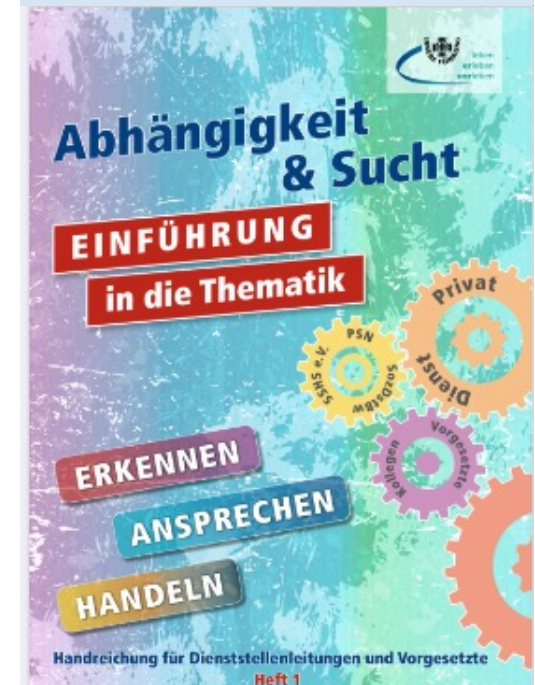
Auffälligkeiten am Arbeitsplatz

- Sozialverhalten
- Arbeitsverhalten
- Gesundheitsverhalten

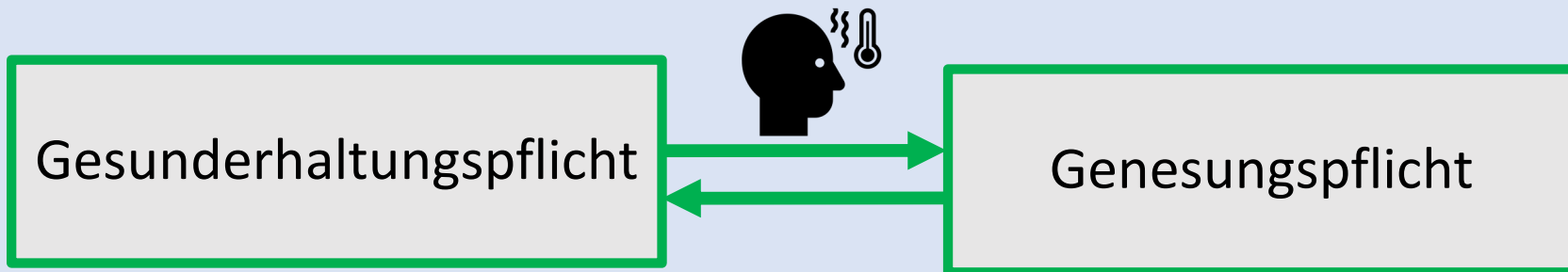


Fürsorge- oder
Stufenplangespräch

Regelmäßig keine
disziplinare Ahndung von
Schlechtleistung



Dienstleistungspflicht gem. § 61 Abs. 1 S. 1 umfasst:



Innerdienstliches Dienstvergehen

Dienstplichtverletzungen in Phasen

selten justiziabel

Beamter

- lehnt Therapie ab
- bemüht sich nicht um Erfolg der Therapie
- bricht Therapie vorzeitig ab

Schuldhafter
Rückfall nach
erfolgreicher
Therapie

Möglicher Verstoß gegen § 61 Abs. 1 S.1 BBG

Gesunderhaltungspflicht

Genesungspflicht

Gesunderhaltungspflicht

Genesungspflicht - Fehlende Krankheitseinsicht unschädlich

Einsicht in Vorliegen einer behandlungsbedürftigen Alkoholkrankheit

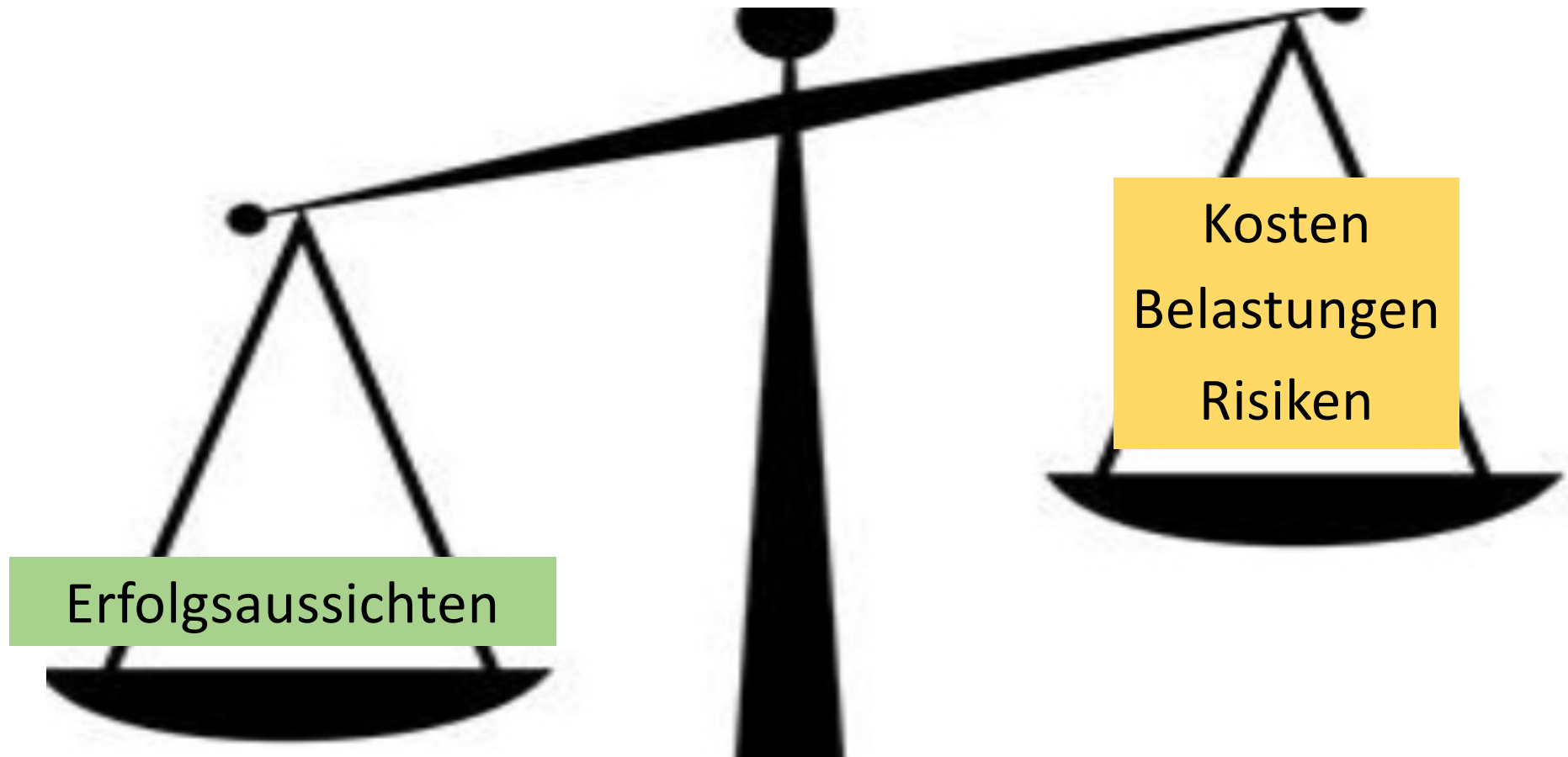
→ nicht erforderlich

Beamter muss erkennen was von ihm mit Rücksicht auf seine Dienstpflichten verlangt wird + in der Lage sein, diesem Verlangen zu entsprechen

Wichtig: Hinweis auf Folgen einer Weigerung, an der Wiederherstellung der vollen Dienstfähigkeit mitzuwirken




Zumutbarkeit einer Behandlung



Zumutbarkeit einer langfristigen stationären Therapie

VG München 29.08.2019-M5E19.2937

- Kein milderes Mittel verfügbar:
 - Behandlungsintensität erforderlich
 - niederschwellige Maßnahmen (ambulant/Kurzzeit) nicht erfolgsversprechend
- auch wenn private Krankenkasse Kostenübernahme verweigert
- Depression steht Zumutbarkeit der Therapie nicht entgegen
- Vorübergehende Einschränkung der privaten Lebensführung zumutbar - keine weiteren Einschränkungen oder Risiken

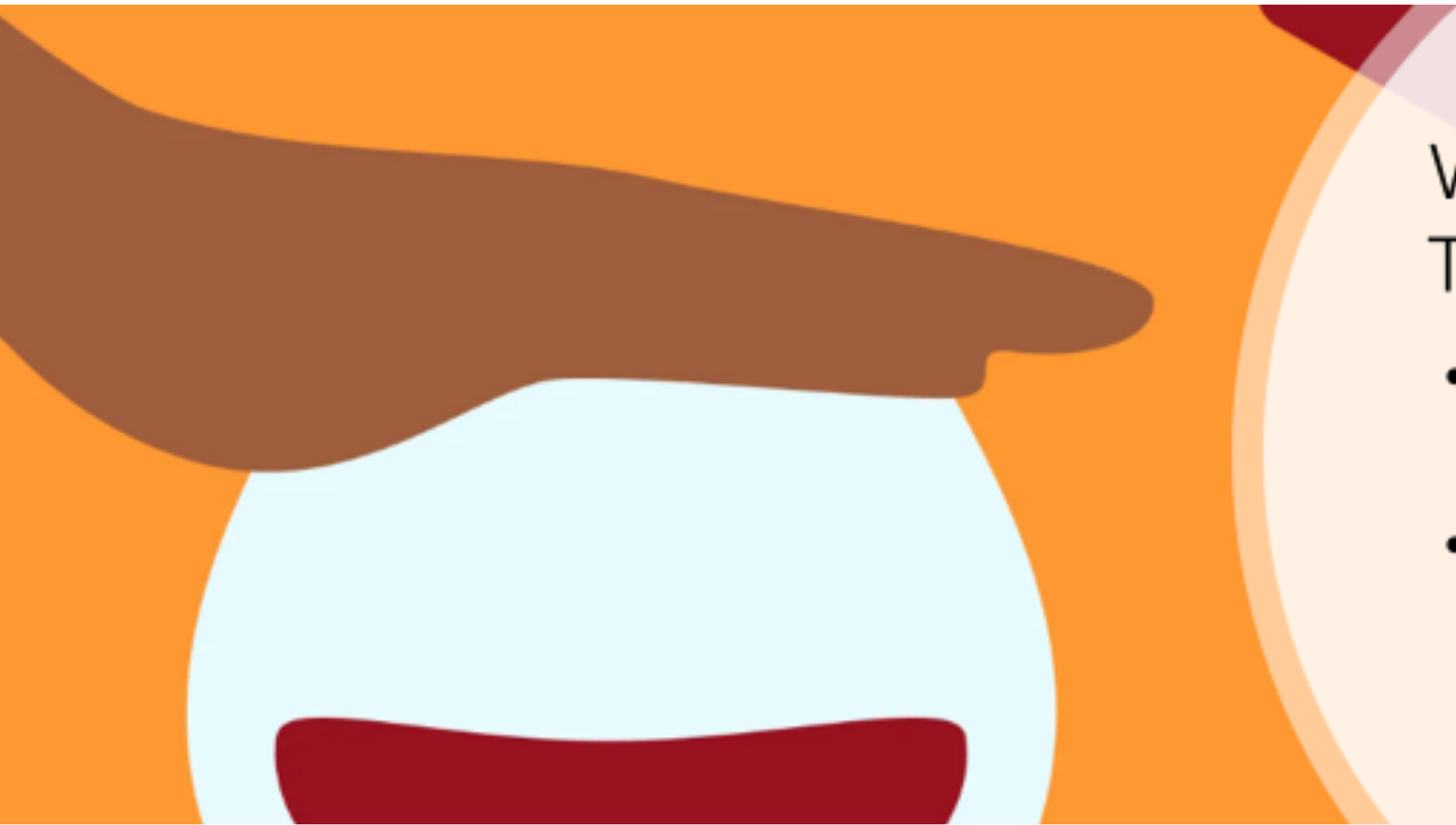



Wann ist eine Therapie erfolgreich ?

- Alkoholismus ist nicht heilbar
- Fähigkeit ohne Alkohol leben zu können



V
T
•
•



A stylized illustration of a hand holding a glass of red wine. The hand is brown, and the glass is light blue with a dark red liquid inside. The background is orange with abstract shapes in shades of purple and yellow.

Wann ist eine Therapie erfolgreich ?

- Alkoholismus ist nicht heilbar
- Fähigkeit ohne Alkohol leben zu können



Erforderlichkeit einer ambulanten Therapie steht Erfolg nicht entgegen

Verweigerung einer Entziehungskur

Kernvorwurf der Weigerung des Beamten:

Verletzung der Genesungspflicht gem. § 61 Abs. 1 S.1 BBG, nicht der Weisungsbefolgungspflicht

- Keine verbindliche dienstliche Anordnung sondern dringender Rat des Dienstherrn (h.M.)

Mitwirkungsverpflichtung Therapie aktiv zu unterstützen

Über Antritt + Durchhalten der Therapie trifft den
alkoholkranken Beamten:

Mitwirkungsverpflichtung Therapie aktiv zu unterstützen



Nur in seltenen Extremfällen justiziabel

Beispiel für unterblieben Mitwirkung + verschuldeten Therapieabbruch

Beamter verfiel in Trotzhaltung, weil er für eine vom Dienstherrn angeordnete Maßnahme selbst habe (teilweise) die Kosten tragen müssen

+

Er habe sich wegen nicht ausreichender Freizeit in der Therapie
„wie im Bau“ gefühlt

- OVG Rheinlandpfalz Urt. V. 30.8.2000 – 3 A 10529/00

Dienstvergehen

objektiver Tatbestand

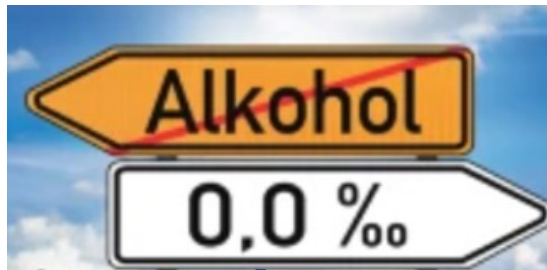
subjektiver Tatbestand = Innere Einstellung
Vorsatz + Fahrlässigkeit

Rechtswidrigkeit

Schuld

Alkoholsucht bedeutet keine erhebliche
Verminderung der Schuldfähigkeit oder
Schuldunfähigkeit des Beamten

Nach erfolgreicher Therapie



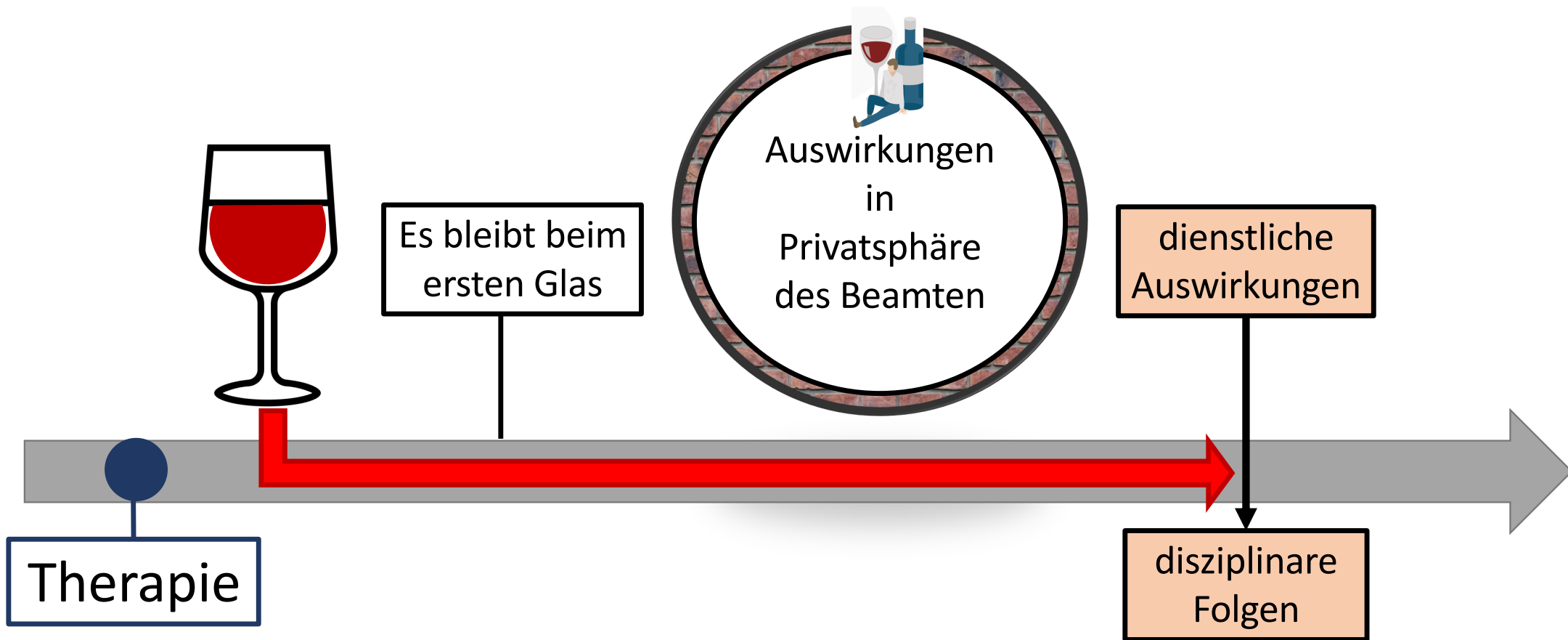
Freier Wille nicht zum
ersten Glas zu greifen

Genesung



Therapie

Anknüpfungspunkt „erstes Glases“ nach Therapie



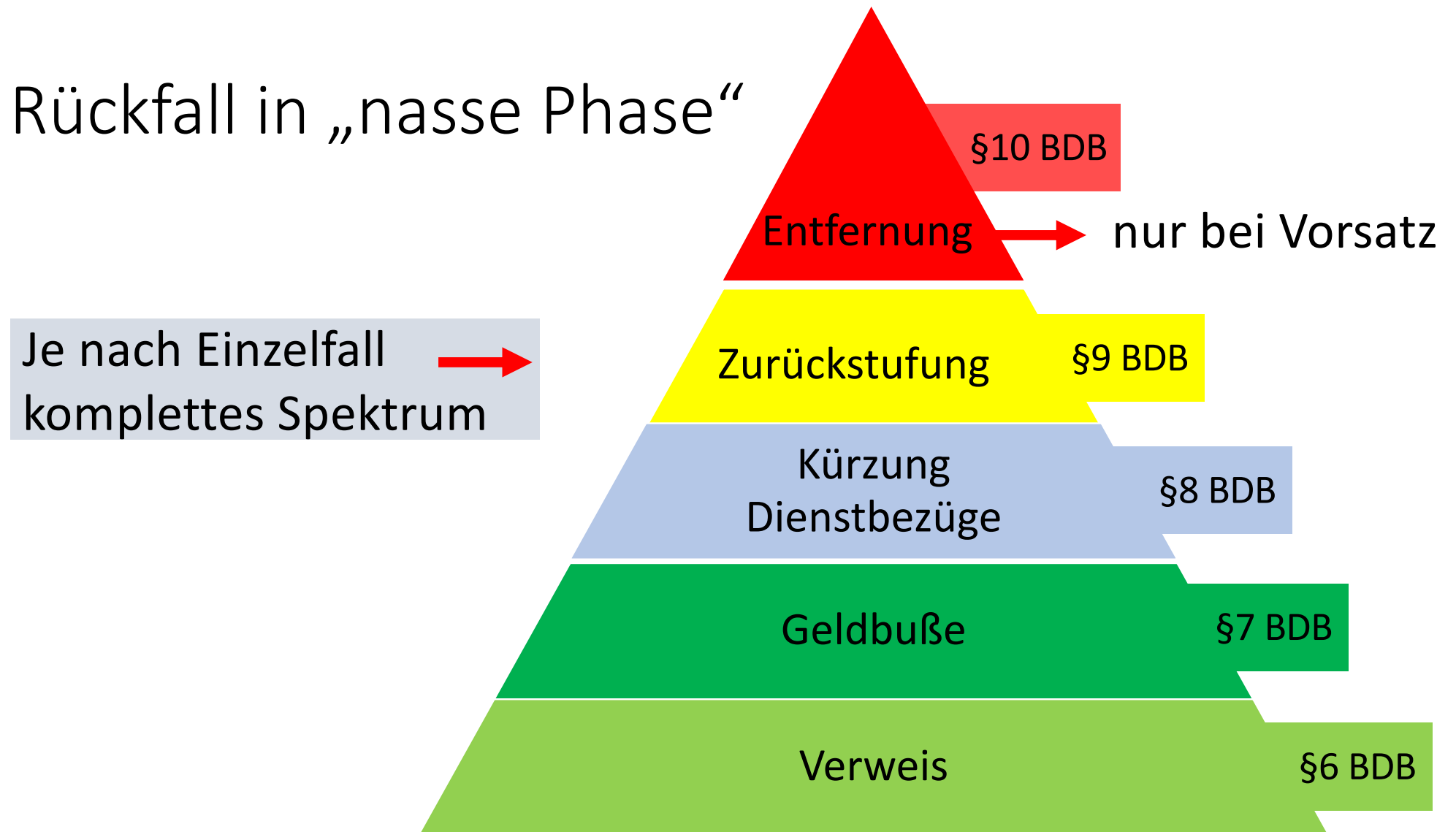
Rückfall in die „nasse Phase“

„Bei dem Hang des Beamten zum Alkoholmissbrauch handelt es sich um eine in dessen Persönlichkeit wurzelnde Haltungsschwäche.“

**Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 30. August 2000 – 3 A 10529/00
–, juris**



Rückfall in „nasse Phase“

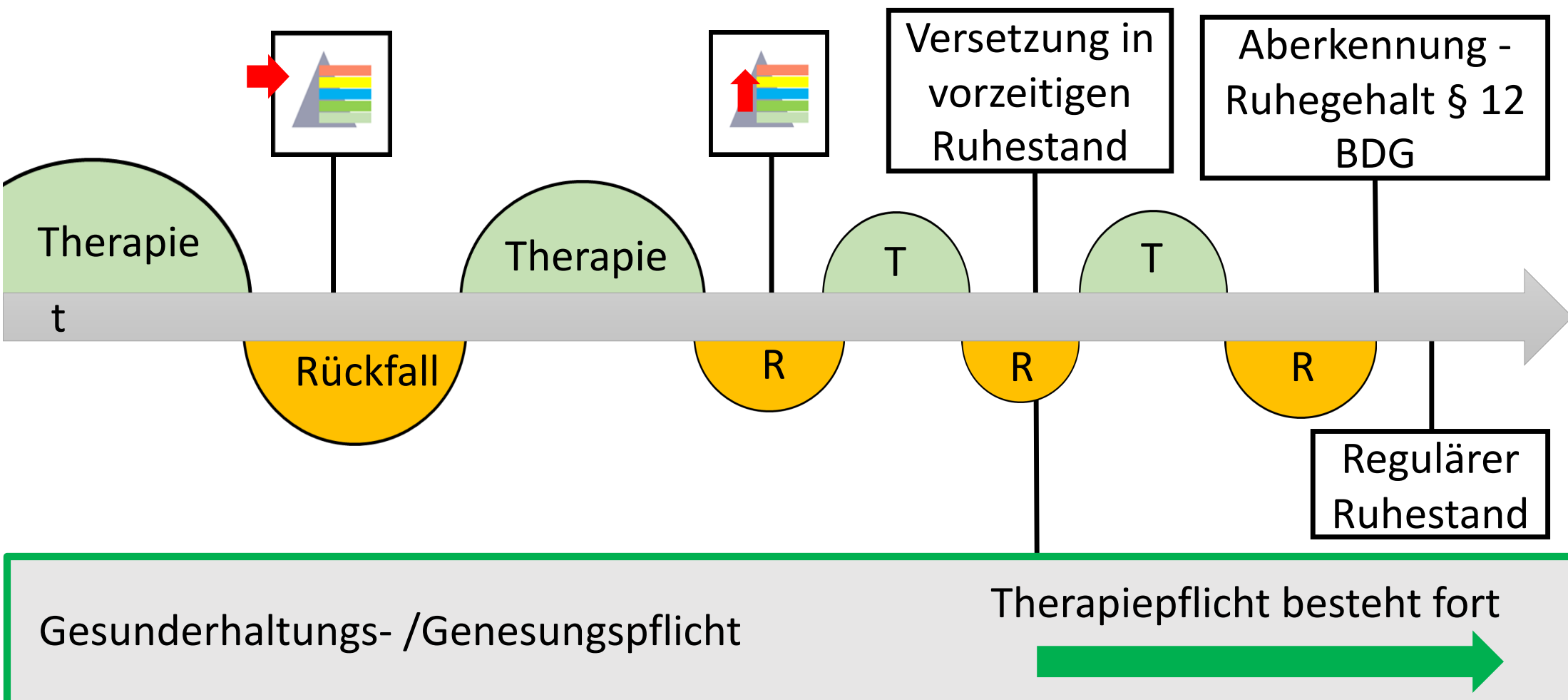


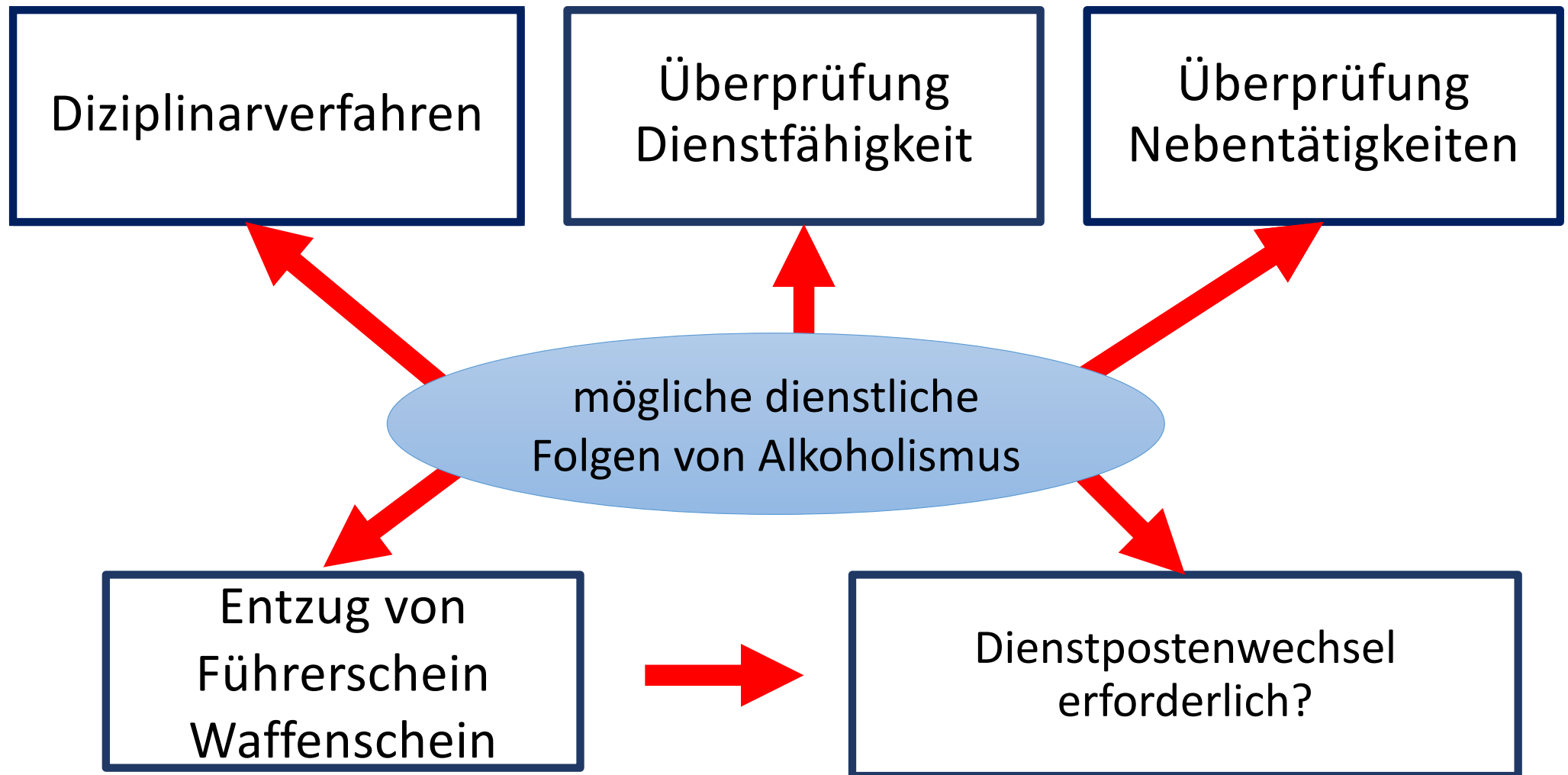
Disziplinarrechtlich zu berücksichtigende Folgen z.B. OVG Rheinland Pfalz 30.8.2000

- Beamter musste über einen längeren Zeitraum unterwertig beschäftigt werden
(Entfall der Polizeidienstfähigkeit durch Entzug des Führerscheins, Nachtarbeitsverbot, Verbot zum Tragen einer Dienstwaffe)
- Kollegen mussten vollzugspolizeiliche Aufgaben übernehmen, konnten aber nicht entsprechend befördert werden, weil der Beamte die Planstelle nach wie vor besetzte

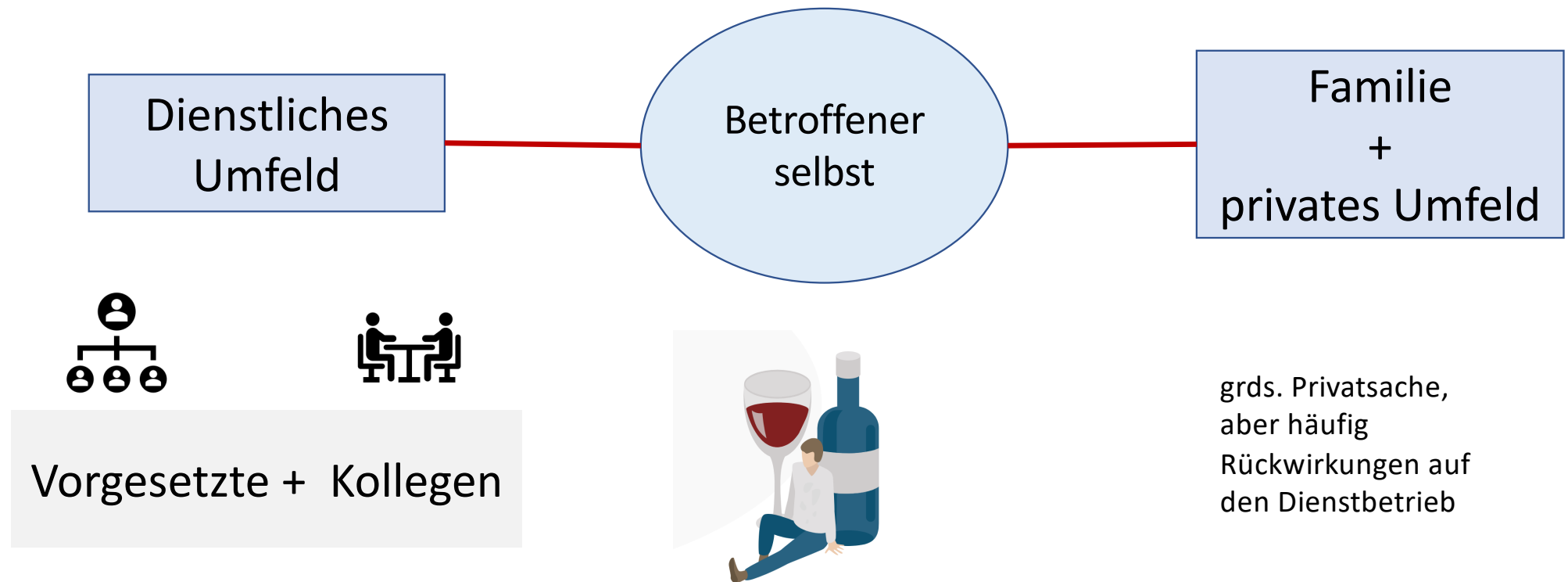
→ Probleme in der kollegialen Zusammenarbeit

Disziplinares Eingreifen bei Rückfall

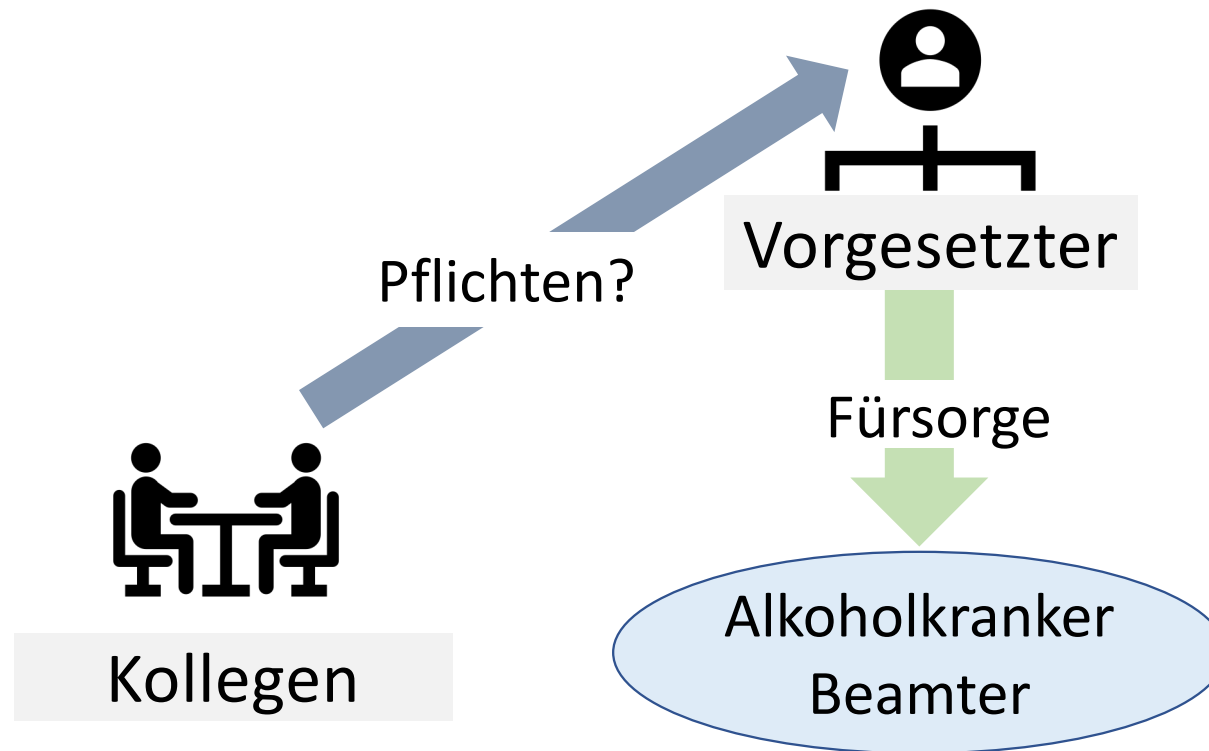




Betroffene von Alkoholmissbrauch



Pflichten der weiteren Betroffenen?



Folgepflicht gem. § 62 Abs. 1 BBG

S. 1	Beratungs- und Unterstützungspflicht umfasst Wahrheits- /Offenbarungspflicht
S. 2 + 3	Folgepflicht Weisungsgebundenheit

Beratungs- und Unterstützungspflicht

Wahrheits- /Offenbarungspflicht

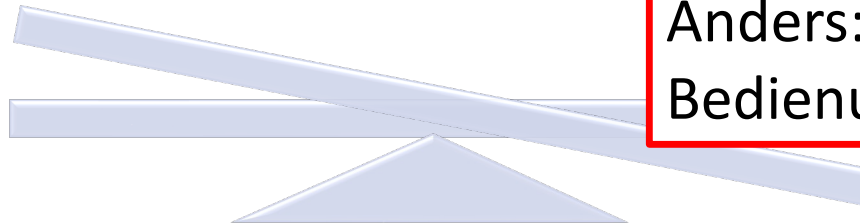


Pflicht alkoholbedingtes Fehlverhalten von Kollegen zu melden?

Informationsinteresse
des Dienstvorgesetzten

Betriebsfrieden auf
der Dienststelle

Anders: Gefährdungen durch
Bedienung von Maschinen





**Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit**